



HSGB
HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mühlheim/Main

Hessische Ministerium für
Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Mainzer Str. 80
65189 Wiesbaden

Referent/-in Frau Vogelmann,
Frau Kar, Herr Brodt
Abteilung 2.2
Unser Zeichen Vo/YK/SB/Lo
Telefon 06108 6001-49/42/40
Telefax 06108 6001-57
E-Mail hsgb@hsgb.de

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom 28.07.2022
Datum 08. September 2022

**Entwurf des Hessischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die
Folgen des Klimawandels
hier: Einleitung der Verbändeanhörung**

Sehr geehrte Herr Bruhn,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum oben genannten Gesetzesentwurf bedanken wir
uns.

Die Folgen des Klimawandels werden zunehmend spürbar, sodass der Klimaschutz zweifelsohne
als Thema von zentraler Bedeutung zu sehen ist. Insofern hebt das Bundes-Klimaschutzgesetz in
§ 13 die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand in ihrer Gänze hervor. Vor diesem Hintergrund
verwundert es jedoch, dass der Entwurf eines Hessischen Gesetzes zur Förderung des Klima-
schutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels vornehmlich die Kommunen in der
Verantwortung sieht. So ergibt sich für das Land Hessen vorrangig nur eine Vorbildfunktion (§ 7)
und eine unterstützende Tätigkeit (§ 8 Abs. 2). Für die Gemeinden und Landkreise wird hingegen
in § 8 Abs. 1 die besondere Verantwortung für die Erreichung der Klimaschutzziele und die An-
passung an die nicht zu vermeidenden Folgen des Klimawandels als eine neue Aufgabe im Be-
reich der Daseinsvorsorge formuliert. Diese Einordnung ist schon verfassungsrechtlich nicht zu-
treffend, weil es sich beim Klimaschutz nach allgemeiner Auffassung um einen überörtlichen Be-
lang handelt, der als solcher zunächst einmal nicht zu den Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft
zählt (Bundesverwaltungsgericht - BVerwG - Urt. v. 25.1.2006 Az. 8 C 13/05 – juris). Wirerken-
nen dabei nicht, dass die kommunalen Aufgaben durch die negativen Klimaveränderungen unter

Hessischer Städte- und
Gemeindebund e.V.
Henri-Dunant-Str. 13
D-63165 Mühlheim am Main
Telefon 06108 6001-0
Telefax 06108 6001-57

BANKVERBINDUNG
Sparkasse Langen-Seligenstadt
IBAN DE66 5065 2124 0008 0500 31
BIC: HELADEF1SLS
Steuernummer: 035 224 14038

PRÄSIDENT
Matthias Baaß
ERSTER VIZEPRÄSIDENT
Markus Röder
VIZEPRÄSIDENT
Dr. Thomas Stöhr

GESCHÄFTSFÜHRER
Harald Semler
Johannes Heger
Dr. David Rauber



hohem Anpassungsdruck stehen und vielfältige Handlungsbedarfe auch auf kommunaler Ebene befriedigt werden müssen. Die „besondere“ Verantwortung ist aber vielmehr unbedingt beim Land Hessen selbst zu sehen. Es handelt sich beim Umwelt- und Klimaschutz nämlich um eine fundamentale Staatsaufgabe (so wörtlich das BVerwG, Urt. v. 23.11.2005 Az. 8 C 14/04 – juris Rn. 20), die nicht delegiert werden kann.

Zudem ist nach den Vorgaben des Gesetzes noch nicht klar abzusehen, worauf sich die Aufgabe der Kommunen letztlich im Einzelnen erstrecken wird, denn dies wird nicht detailliert formuliert. Das ist aber unabdingbar: Auch die in Bundes- und Landesverfassung formulierten Staatsziele Umweltschutz ermächtigen die Kommunen nicht, Aufgaben des Umweltschutzes losgelöst von ihrem Kompetenzbereich an sich zu ziehen (BVerwG, Urt. v. 23.11.2005 Az. 8 C 14/04 – juris). Vielmehr bedarf es insoweit präziser Regelungen und gesetzlicher Ermächtigungen sowie damit zusammenhängend entsprechender Mehrbelastungsausgleiche (Art. 137 Abs. 6 HV).

Zudem ist zu erwarten, dass sich konkrete Maßnahmen erst aus dem Klimaplan ergeben werden und deren Umsetzung unter Heranziehung von § 8 als Pflicht der Kommune betrachtet wird. Zum Klimaplan hat es bisher noch keine formelle Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände im Sinne des Beteiligungsgesetzes gegeben, sodass nicht klar abzusehen ist, welchen Pflichtaufgaben konkret aus § 8 resultieren werden. Der Klimaplan selbst ist somit ebenfalls mit den kommunalen Spitzenverbänden abzustimmen.

In diesem Zusammenhang ist auch maßgeblich zu beachten, dass die Kommunen nach dem Gesetzesentwurf die besondere Verantwortung für die Erreichung der Klimaschutzziele „als Teil der Daseinsvorsorge“ tragen sollen. Nach der klassischen Definition der Daseinsvorsorge fällt hierunter alles, was von Seiten der Verwaltung geschieht, um die Allgemeinheit oder nach objektiven Merkmalen bestimmte Personenkreise in den Genuss nützlicher Leistungen zu versetzen; hierbei ist aber zu beachten, dass der Begriff der Daseinsvorsorge kein Rechtsbegriff und rein deskriptiven Charakter hat (K. Stein, Rupp u.a., HGO, § 19, Ziff. 1 m.w.N.). Nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf ist nicht erkennbar und damit auch nicht beurteilbar, welche Leistungen die Kommunen im Bereich des Klimaschutzes für ihre Bürger erbringen sollen und somit ist auch nicht absehbar, mit welchen finanziellen Mehrbelastungen diese neue Aufgabe einhergehen wird. Ohnehin ist zu beachten, dass der Begriff der Daseinsvorsorge nicht mit einem einklagbaren Recht des Bürgers auf eine bestimmte Leistung einhergeht. Unklar bleibt, welche Leistungen die Kommune hier im Bereich des Klimaschutzes gegenüber dem Bürger erbringen soll bzw. kann. Denn auch wenn der Klimaschutz unwidersprochen ein äußerst wichtiges Gut ist, das von den Kommunen im Rahmen von Baumaßnahmen, Planungen etc. – auch im Rahmen ihrer Vorbildfunktion – zu berücksichtigen ist, handelt es sich hierbei nicht um Fälle der Daseinsvorsorge im Sinne der oben dargestellten Begreiflichkeit. Die tatsächlichen Erscheinungsformen der Daseinsvorsorge zeigen sich vielmehr regelmäßig, indem öffentliche Einrichtungen, wie die Was-

erversorgung, Abfallentsorgung oder andere Infrastruktur, also für das menschliche Dasein notwendige Güter und Dienstleistungen, zur Verfügung gestellt werden. Zweifelsohne ist das Klima und damit auch dessen Schutz eine Grundlage menschlichen Daseins, es handelt sich aber nicht um ein klar umrissenes Gut, das „geleistet“ werden kann. Vor diesem Hintergrund halten wir es für rechtlich unzutreffend, den Klimaschutz als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge festzusetzen. Dementsprechend besteht in diesem zentralen Punkt erheblicher Überarbeitungsbedarf, um zu rechtlich und praktisch tragfähigen gesetzlichen Regelungen zu kommen.

Unabhängig davon ist abschließend festzuhalten, dass die Schaffung einer neuen Aufgabe für die Städte und Gemeinden – wie hier in § 8 vorgesehen – konnexitätsrelevant ist und ebenso zu berücksichtigen ist, wie bei der Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs.

Mit freundlichen Grüßen

Heger
Geschäftsführer